

Fondsaufsicht schlägt zu: Ihr Geld ist im Ernstfall weg!!!

Es geht Schlag auf Schlag: Zur Fußball WM in Südafrika wurde der §89 VAG (in Ö §98) zur Enteignung der Versicherungsnehmer eingeführt. Zur Fußball WM in Brasilien wurden die Sparer durch das Europäische Bankenrettungspaket enteignet und nun greift die Hochfinanz auf die 2.600 Milliarden Dollar schweren Geldmarktfonds. Die Maßnahmen treffen darüber hinaus generell alle Rentenfonds, ein 10 Billionen Dollar Vermögen.

Geldmarkt-Papiere (Schuldverschreibungen von Staaten, Banken und großen Unternehmen) sind ein wichtiger Bestandteil jedes gemischten Fonds. Entweder als langfristige Anlage für Rentenansprüche bei Rentenfonds (weil sie mehr als die Sparbücher bringen) oder als kurz- und mittelfristige Anlage innerhalb von gemischten Fonds, um die rechtzeitige und sichere Auszahlung von Ansprüchen zu gewährleisten.

Bei einer internationalen Banken- und Währungskrise können nun Geldmarktfonds aufgrund einer Regelung der SEC (Securities and Exchange Commission – Amerikanische Wertpapieraufsicht) vom 23.07.2014 entweder

- massive Ausstiegsgebühren verrechnen um Auszahlungen abzuschrecken oder
- die Auszahlung überhaupt blockieren.

Mit dieser Regelung können Staaten und Banken mit Sondersteuern oder Gebühren abschöpfen, was sie zur „Sanierung“ brauchen. Die nächste Finanzkrise wird damit zum größten Raubzug in der Geschichte. Sparer und Versicherungsnehmer müssen massive Vermögensverluste hinnehmen und ohnmächtig zusehen wie ihr gesperrter Fonds sich in Luft auflöst.

Die Details:

Die Fed will mit sogenannten „Ausstiegsgebühren“ verhindern, dass es im Krisenfall zu einem Massen-Exitus von Fondsanlegern kommt. Aber es kommt noch dicker: am 23.07.2014 hat die SEC Regeln bewilligt, welche Fonds ermächtigt, im Falle einer massiven Krise sogar die Auszahlungen zu stoppen!

Mit anderen Worten: Sie als Anleger kommen nicht an Ihr Kapital und müssen hilflos zusehen, wie Ihr Fonds oder Ihre fondsgebundene Lebensversicherung vor Ihren Augen zerbröseln!

Bei jeder Krise versuchen Anleger, so rasch als möglich aus ihren Anlagen in sichere Häfen wie Bargeld oder Edelmetalle zu kommen. Dies bewirkt jedoch, dass bei Panikverkäufen Kurse ins Bodenlose stürzen und Fonds illiquid werden, weil sie die Auszahlungsbegehren nicht promptly bedienen können. Fonds investieren teilweise in zeitlich längerfristig gebundenen Kapitalanlagen und sind daher nicht dafür gerüstet, einen großen Prozentsatz ihrer Anleger kurzfristig auszahlen zu können.

Die Federal Reserve Bank will nun Rentenfonds zwingen, den Aussteigern massive Gebühren zu verrechnen, damit diese in Ihren Anlagen bleiben. Ein gefährliches Spiel, das vor allem die Kleinanleger in dem 10 Billionen Dollar Rentenmarkt treffen wird.

Aber die Diskussion alleine wird schon viele Anleger bewegen, den kürzesten Weg zum Ausgang zu suchen. Ein Grund mehr, warum viele Kleinanleger dann Aktien kaufen und damit die Aktienkurse weiter zu einer Megablase anheizen werden.

Der Beschluss der SEC vom 23.07.2014 ist eine Entscheidung mit Kalkül: Die Kleinanlegerreaktion (Wechsel von Rentenfonds in Aktien) ist wahrscheinlich erwünscht, da Unternehmen dadurch mehr Eigenkapital bekommen und sich mehr Kredite besorgen können. Das Risiko tragen die Kleinanleger. Bei einer Verkaufspanik fallen dann sowohl die Rentenfonds als auch die Aktienkurse ins Bodenlose. Sparer, Versicherungsnehmer und Kleinanleger verlieren ihr Vermögen und ihre Altersvorsorge.

Die FED rüstet sich für eine Krise, ähnlich der Krise von 2008. Die neuen Regeln können aber schon im Krisenfall vorgezogene Panikverkäufe hervorrufen, nach dem Motto: „wer zuerst beim Ausgang ist, der kommt noch heraus.“

Die Umschichtung von Vermögen in Aktien ist bei der derzeitigen Überbewertung aller Aktienmärkte äußerst gefährlich. Sogar Janet Yellen (Präsidentin der FED) hat zugegeben, dass zumindest der Bio-Tech Sektor und der Social Media Sektor im Aktienmarkt restlos überbewertet sind.

FAZIT: Die Hochfinanz rüstet sich für den „Währungs-Supergau“. Sind Sie für dafür gerüstet? Jetzt ist es höchste Zeit, Ihre Ersparnisse enteignungs- und krisensicher in echte Werte umzuschichten an denen Sie EIGENTUM haben. Kontaktieren Sie uns unter office@safefinanz.com

Mehr Details:

Klara Stein (SEC Commissioner) hat gegen den Beschluss der SEC schwerwiegende Bedenken geäußert.

Diese Sondergebühren seien das "falsche Werkzeug, um Risiko zu minimieren". Es bestehe eine „größere Chance von Panikverkäufen in Krisen und die Panik kann auch auf andere

Sektoren des Finanzsystems übergreifen, während man Investoren den Zugang zu ihrem Kapital verweigert.“

Die Entscheidung der SEC verwundert jeden Sachkundigen besonders, da sogar die FED vor diesen Auszahlungsschranken ausdrücklich im April 2014 gewarnt hat.

"Die Möglichkeit des Suspendierens der Einlösbarkeit von Fondsanteilen und das Verhängen von Auszahlungsschranken oder Einlösungsgebühren können Panikverkäufe auslösen, die sonst nicht geschehen würden. Es besteht die Gefahr, dass es sogar zu vorgezogenen Panikverkäufen kommen kann, die die finanzielle Stabilität des Systems gefährden könnten.“

Ob die Masse der Anleger bei einem so massiven Lenkungsversuch der SEC mitmacht ist angesichts des derzeitigen „PRICE-EARNINGS RATIO“ (Verhältnis zwischen dem Aktienpreis und den Gewinnen) zweifelhaft, da derzeit das P/E Ratio höher ist als beim letzten Spitzenwert des Aktienmarktes.

Was nämlich bei solchen massiven Eingriffen der Regulationsbehörden passieren kann? Die Aktienindizes können in der Krise plötzlich massiv in die Höhe schnellen, um dann umso rascher und tiefer zu fallen. Der Beginn einer massiven Marktkorrektur zu realen Werten. Und wieder werden gerade die Kleinanleger ihr Vermögen verlieren.

Die überhöhten P/E Werte und die vermehrten Eingriffe der Aufsichtsbehörden in den „freien“ Markt sind weitere gefährliche Anzeichen für eine baldige, massive Kurskorrektur an den Aktienmärkten und damit für alle Aktienanleger, Fondsanleger und Besitzer einer fondsgebundenen Lebensversicherung höchste Zeit, mit ihrem Geld sichere „Anlage-Häfen“ anzusteuern.

Zero Hedge: <http://www.zerohedge.com/news/2014-07-23/gates-are-closing-sec-votes-through-money-market-reform>

Bloomberg: <http://www.bloomberg.com/news/2014-07-22/money-funds-get-new-restrictions-aimed-at-preventing-runs.html>

DWN: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/25/us-aufsicht-versperert-fluchtwege-aus-geldmarkt-fonds-im-panik-fall/>

DWN: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/21/gefaehrliches-spiel-der-fed-fondsanleger-sollen-ausstiegs-gebuehren-zahlen/>

Was hat die Regierungskrise in der Ukraine mit unseren Sparbüchern zu tun?

Die Ukraine ist weit weg und doch können in unserem international vernetzten Bankensystem kleine Ursache große, weltweite Wirkungen haben.

Die Ukraine ist ein solches Beispiel: Durch den Rücktritt der Regierung sind ukrainische Staatsanleihen massiv gefallen. Die Renditen für neue Anleihen stiegen auf 8,38 % - ein richtiges Risikopapier.

Darüber hinaus ist die ukrainische Währung Hryvnia gegenüber dem Dollar um 5 Cent gefallen.

Warum ist diese Information für Europäische Sparer wichtig?

Europas Banken haben folgende Probleme in der Ukraine:

- Die Bank Austria sitzt auf 220 Millionen an Staatsanleihen, die im Ernstfall abzuschreiben sind.
- Die Raiffeisen Bank versucht vergeblich ihre Ukraine Tochter (Aval-Bank) zu verkaufen. Der angebliche Wert von 820 Millionen Euro wird nicht zu erzielen sein.
- Die Aval Bank hält ukrainische Staatsanleihen in Höhe von 534 Millionen Euro und hat 3,6 Milliarden Euro an Krediten vergeben, die zu einem guten Teil uneinbringlich sein werden.
- Die Bank Austria mit ihren 435 Niederlassungen in der Ukraine leidet unter einem Bankenrun.
- 30 % aller Bankdarlehen in der Ukraine werden voraussichtlich nicht zurückbezahlt.
- Die „ERSTE Bank“ hat ihr Ukraineabenteuer beendet. Verlust: 300 Mio. Euro.

Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Fakt: die Europäischen (vor allem die deutschen) Steuerzahler werden wieder zahlen, wenn es darum geht, die ukrainischen Verbindlichkeiten „umzuschulden“ (ein nettes Wort für Staatsbankrott). Denn wenn die Zeche nicht die Steuerzahler zahlen, dann werden Banken ins Schleudern kommen und dann zahlt die Zeche der Europäische Sparer über den Bankenrettungsfonds.

Man sollte daher das Sparbuch als Kapitalanlage im Licht dieser Entwicklungen hinterfragen.

Ob Steuerzahler oder Sparer zahlen muss: Letztlich ist es doch egal, von welcher Seite die Ohrfeige kommt. Weh tut sie immer.

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/21/staatsbankrott-ukraine-droht-zahlungs-unfaehigkeit/>

<http://oe1.orf.at/artikel/367737>

[http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/612047_Ukraine-Ausflug-kostete-
Erste-Bank-300-Millionen.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/612047_Ukraine-Ausflug-kostete-Erste-Bank-300-Millionen.html)

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1565470/Kiew_Raiffeisen-und-UniCredit-

[schliessen-Filialen](#)

<http://www.bloomberg.com/news/2014-07-24/ukrainian-bonds-fall-most-in-week-as-premier-yatsenyuk-resigns.html>

<http://www.bloomberg.com/news/2014-07-24/eu-floats-russian-bank-finance-ban-as-ukraine-vote-nears.html>

<http://www.bloomberg.com/news/2014-07-24/ukraine-coalition-government-collapses-as-2-parties-quit.html>

<http://www.zerohedge.com/news/2014-07-24/meanwhile-ukraines-government-collapses-pm-yatsenyuk-reisgns>

Deutsche Bank wegen Manipulation des Silberpreises angeklagt.

Dass der Goldpreis massiv manipuliert wird, darüber haben wir bereits ausführlich berichtet.

Nun wurde die Deutsche Bank auch wegen der Manipulation des Silberpreises von einem amerikanischen Investor verklagt. Der Schaden für Anleger beläuft sich laut Anwalt des Investors auf mehrere Milliarden Dollar.

Jeder der vor hat, sich eine Position mit Edelmetallen aufzubauen, sollte sich daher bald von einem Absicherungsexperten beraten lassen. Der Silberpreis wird in naher Zukunft ansteigen, da die Manipulationen auf Dauer nicht mehr zu halten sind.

http://www.boersennews.de/nachrichten/top-news/deutsche-bank-wegen-silberpreis-manipulation-verklagt/791498?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=u0008_dailyNews_27072014